



über die 1. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 8. Februar 2000
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:37 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Herr Beyer
Herr Hinterseer
Herr Kaczmarek
Herr Maidorn
Herr Theis
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied F.D.P.

Herr Büchel

Beratende Mitglieder

Herr Brumberg
Frau Diester
Herr Kalle
Herr Kampmann
Herr Krampe
Herr Sudkamp
Herr Suk
Herr Treese

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Dunker
Herr Peske
Herr Woitas

entschuldigt fehlten

Frau Bucek
Frau Hartmann
Frau Lübke
Frau Dr. Winzer-Milo

Frau **Dyduch** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellte den rechtzeitigen Zugang der Einladungen fest. Auf ihre Nachfrage hin ergaben sich keine Einwände gegen die Tagesordnung, so dass nach folgender Tagesordnung verfahren wurde:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bericht der Arbeitsverwaltung zur Jugendarbeitslosigkeit hier: Antrag der SPD-Fraktion	
2.	Projekt des KaSoNet (KamenerSozialNetzwerk) hier: Vortrag des Herrn Brauckmann, Diakonisches Werk	
3.	Teilnahmebedingungen und Anmeldeverfahren für die Kinder- und Jugendfreizeiten in den Sommerferien 2000	9/2000
4.	Bildung eines Unterausschusses des Jugendhilfeausschusses für die Aufgaben der Jugendhilfeplanung hier: Antrag der CDU-Fraktion	7/2000
5.	Spiel- und Bolzplatzpaten hier: Bericht der Verwaltung	
6.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht der Arbeitsverwaltung zur Jugendarbeitslosigkeit
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, soweit nicht in der vorherigen Sitzung geschehen, verpflichtet.

Herr **Kalle** und Herr **Böhm** berichteten über die Situation des Kamener Ausbildungsstellen- und Jugendarbeitslosenmarktes. Sie führten aus, dass aufgrund der demographischen Entwicklung eine Zunahme der Bewerberzahlen auf dem Ausbildungs- und Stellenmarkt festzustellen sei und dass durch die Aktivitäten des Arbeitsamtes Kamen über 100 Kamener in verschiedenen Projekten Arbeit und damit eine neue Perspektive gewonnen hätten.

Herr **Kalle** würdigte insbesondere die im vorigen Jahr begonnene Zusammenarbeit mit der Werkstatt Unna, die sich als verlässlicher Partner erwiesen habe. Er hob besonders hervor, dass über 50 % der Teilnehmer aus lfd. Qualifizierungsmaßnahmen heraus einen Ausbildungsplatz, eine Anstellung bzw. den Einstieg ins Berufsleben oder einen Schulabschluss gefunden hätten.

Er machte deutlich, dass aufgrund der derzeitigen Situation die Jugendarbeitslosigkeit die zentrale Herausforderung sei. Von den insgesamt 2285 Arbeitslosen Ende Dezember 1999 waren 53 unter 20 Jahre, 206 zwischen 20 und 25 Jahre alt und 259 über 25 Jahre alt. Diese Altersgruppen haben daher die höchsten Arbeitslosenquoten. Bei genauer Betrachtung sind es vor allem junge Leute ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss, die auf der Straße stehen. Mehr 39 % der 20- bis 25-Jährigen sind länger als 1 Jahr arbeitslos.

Im laufenden Jahr sieht es noch schlechter aus. Die Zahl steigt aufgrund der demographischen Entwicklung stark an. Allein 40 ehemalige Azubis wurden nicht übernommen und konnten auf Anhieb auch keine weitere Beschäftigung finden. Herr Kalle betonte, dass es dennoch Erfolge gebe, wie etwa die 3 Qualifikations- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Werkstatt Unna und der Stadt Kamen zeige. Herr Kalle unterstrich, dass auch im Jahr 2000 eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme bei der Stadt Kamen realisiert werde. Auch wird an einer Fortführung des Sonderprogramms für junge Abiturienten im TECHNOPARK gedacht.

In der anschließenden Diskussion teilte Herr Kalle mit, dass die Planungen des Arbeitsamtes Hamm vorsehen, dass Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche, aus denen heraus nicht wenigstens 50 % vermittelt werden können, nach einer Übergangsfrist beendet werden. Zum Stichtag 18.02.2000 erwarte er für die Maßnahme, die gemeinsam mit der Stadt Kamen und der Werkstatt Unna durchgeführt worden sei, eine Übernahmequote von fast 90 %.

Herr **Böhm** erläuterte, dass es bereits einen Arbeitskreis Schule und Beruf gebe, der als Partner von Gewerkschaften, Arbeitgeber, Industrie- und Handelskammern, Schulen usw. umfasse.

Um Schülerinnen und Schülern einen Einblick ins Berufsleben zu geben, ist aber auch wieder ein Berufsinformations-Tag vorgesehen, und zwar am 10.05.2000 in der Kamener Stadthalle. Der hat eine kleine Veränderung gegenüber der Veranstaltung von 1997 erfahren. So wird er nicht in die Abendstunden hineinverlagert und muss ohne musikalische Begleitung auskommen. Im Vordergrund, so Herr **Kalle**, stehe die Beratung der jungen Menschen. Zudem wird es kein Preisausschreiben geben. Statt dessen sind die Schüler aufgefordert, einen Limerick zur Berufswahl zu verfassen.

Zu TOP 2.

Projekt des KaSoNet (KamenerSozialNetzwerk)
hier: Vortrag des Herrn Brauckmann, Diakonisches Werk

Herr **Eckrodt** bedankte sich zu Beginn des Vortrages für die Einladung und entschuldigte Herrn Brauckmann, der kurzfristig erkrankt sei.

Herr **Eckrodt** führte aus, dass das Beratungszentrum des Diakonischen Werkes mit Sitz in Kamen in der Kampstraße die Ehe-, Familien- u. Lebensberatung, die Schwangerenkonfliktberatung, und den Sozialdienst umfasse.

Das Angebot der Ehe-, Familien- und Lebensberatung wird seit 10 Jahren in Kamen vorgehalten und ist für den ganzen Ev. Kirchenkreis (Bergkamen bis Fröndenberg) zuständig. Die Beraterinnen kommen aus verschiedenen Berufen und haben therapeutische Zusatzqualifikationen.

Das Angebot der Ehe-, Familien- und Lebensberatung richtet sich an Einzelpersonen, Ehepaare und Familien mit akuten und langfristig bestehenden Problematiken mit sich selbst, mit Partnerinnen und Partnern, Kindern oder anderen Familienangehörigen, auch mit Menschen ihres sozialen Umfeldes, wie z.B. am Arbeitsplatz. Im Jahr 1999 wurden insgesamt 292 Personen kontinuierlich beraten. Ein Großteil hiervon, knapp 40 % der Ratsuchenden, sind Kamener Bürger, was sich aufgrund der räumlichen Nähe erklären lassen. 70 % der Ratsuchenden sind Frauen, 30 % Männer, die meisten im Alter zwischen 25 und 49 Jahren. 72 % aller Klienten sind Eltern von ein oder mehreren Kindern. In ca. 31 % der Beratungsgespräche werden von uns Leistungen im Sinne des § 16, 17 u. 18 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) erbracht. Insgesamt ist festzustellen, dass die Beratungsfälle bei drohender Trennung oder vollzogener Trennung stark zunehmen. Das Vernetzungsprojekt des Diakonischen Werkes in Kamen "KASONET" entstand aus der Erkenntnis heraus, dass die Menschen erst dann Beratung annehmen, wenn Probleme bereits manifestiert sind und oft sehr lange Umwege oder Warteschleifen gewählt wurden, bevor professionelle Hilfe in Anspruch genommen wird. Zudem gibt es nach wie vor in Familien und Ehen große Vorurteile und große Hemmschwellen, bevor Fachleute aufgesucht werden, da dies meist mit dem eigenen Versagen gleichgesetzt wird. Hilfen müssen daher frühzeitig einsetzen und annehmbar sein. Grundidee des Modellprojektes "KASONET" ist frühe und vorbeugende Hilfe und unterstützende Beratung anzubieten, also die Menschen früher zu erreichen. Zusammen mit dem Dachverband des Diakonischen Werkes Westfalen wurde seit 1998 ein befristetes Modell in Kamen eingerichtet.

Es sind rd. 28 Kooperationspartner an diesem Netzwerk beteiligt. In der praktischen Umsetzung arbeitet das Beratungszentrum mit dem Kindergartenbereich, den Gemeinden und Pfarrern der Familienbildung und z.T. auch ehrenamtlichen Gruppierungen wie der Frauenhilfe zusammen.

Aus der laufenden Projektarbeit heraus kann festgestellt werden, dass die Zielsetzung, die mit "KASONET" verbunden waren, zu umfangreich sind, als dass sie mit den jetzigen personellen Kapazitäten alle erreicht werden können. So kam es in der Praxis dazu, dass eine höhere Transparenz bei den Leistungsangeboten einzelner Kooperationspartner erreicht wurde, dass eine intensive Kooperation zwischen den evangelischen Kindertageseinrichtungen, der Familienbildung im Kirchenkreis und im Beratungszentrum erfolgte und die Ansprechzeiten von Beratern für Eltern im Kindergarten eingerichtet werden konnten.

Aus der Arbeit heraus zeigt sich, dass bei den Eltern i.d.R. eine höhere Schwellenangst zu Gesprächen im Jugendamt bestehen, als zu einer Beraterin der Diakonie. Ist der Kontakt jedoch erst einmal hergestellt, können Beratung in der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle einsetzen oder eine Vermittlung an andere Kooperationspartner oder das Jugendamt erfolgen. Klärungsgespräche werden z.T. auch gemeinsam mit dem Jugendamt geführt und dabei herausgearbeitet, welche Hilfsmöglichkeiten seitens der Behörde und seitens der Diakonie bzw. dem "KASONET" angezeigt und passend erscheinen.

Zu TOP 3.

9/2000

Teilnahmebedingungen und Anmeldeverfahren für die Kinder- und Jugendfreizeiten in den Sommerferien 2000

Ergänzend zu der Vorlage wurde mitgeteilt, dass bei jeder Fahrt ca. 25 Teilnehmerplätze zur Verfügung stehen.

Zu TOP 4.

7/2000

Bildung eines Unterausschusses des Jugendhilfeausschusses für die Aufgaben der Jugendhilfeplanung
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde zurückgezogen.

Zu TOP 5.

Spiel- und Bolzplatzpaten
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Peske** führte aus, dass Ausgangspunkt für den heutigen Bericht die Anträge der CDU-Fraktion vom 08.10.1997 und 03.06.1998 seien. Aufgrund des Antrages vom 03.06.1998 wurde vom Jugendhilfeausschuss folgender Beschluss gefasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für mögliche Spielplatzpaten die Voraussetzung zu schaffen.
2. Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung mit den Interessenten Gespräche nach den unter Sachverhalt und Begründung entwickelten Leitsätzen führen wird.
3. Dem Jugendhilfeausschuss ist in einer der nächsten Sitzungen Sachstandsbericht zu geben.

Zu Punkt 1 sei zu sagen, dass die Verwaltung entsprechend dem Beschluss vom 03.06.1998 gehandelt und die Voraussetzungen für die Einrichtung von Spielplatzpatenschaften geschaffen hat.

Zu Punkt 2 kann berichtet werden, dass die Verwaltung in der Vergangenheit die Möglichkeiten genutzt hat, Bürger wegen der Übernahme einer Spielplatzpatenschaft anzusprechen. Dies geschah bei den vielfältigsten Anlässen, bei denen Spielplätze überprüft wurden oder bei der Aufstellung neuer Spielgeräte u.Ä.. Leider ist es bis heute lediglich gelungen, für 2 Kinderspielplätze Spielplatzpaten zu gewinnen.

Auf Anregung der CDU-Fraktion hat sich die Verwaltung in der Nachbarschaft Unna informiert. Die dort erzielten Erfolge sind nach Auffassung der Verwaltung lediglich auf den hohen Personaleinsatz und wahrscheinlich auf die Zahlung einer Aufwandsentschädigung zurückzuführen. Von den dort vorhandenen 93 Spiel- und Bolzplätzen werden 31 von Spielplatzpaten betreut.

Hierbei ist nach Aussage der Stadt Unna nicht ganz unproblematisch die Zusammenarbeit der Spielplatzpaten mit dem Baubetriebshof, der für die Unterhaltung der Spielplätze zuständig ist. Oft sei eine Vermittlung notwendig, die der Kinder- und Jugendbeauftragte als zuständige Anlaufstelle für Spielplatzpaten übernimmt. Als positiv werden die zweimal im Jahr stattfindenden Infoabende beschrieben, die einen Informationsaustausch untereinander und Berichte der Verwaltung mit anderen Institutionen ermöglicht. Aufgrund der geringen Zahl der Spielplatzpaten in Kamen lassen sich Probleme jedoch in persönlichen Gesprächen erledigen.

Die Verwaltung kann sich vorstellen, im Zuge der Neugestaltung und Neuanlage von Kinderspielplätzen eine stärkere Beteiligung der im Umfeld lebenden Kinder und Eltern zu erreichen. Bei diesen Gelegenheiten ist es auch in Unna überwiegend gelungen, Spielplatzpaten zu gewinnen.

Zu Punkt 3 muss festgestellt werden, dass sich seit dem letzten Bericht anlässlich der Jugendhilfeausschusssitzung am 09.06.1999 keine Fortschritte bezüglich der Gewinnung weiterer Spielplatzpaten ergeben haben.

Herr **Brüggemann** wies am Ende des Tagesordnungspunktes darauf hin, dass im Rahmen des von Herrn Kalle angesprochenen Beschäftigungsqualifizierungsprojektes gemeinsam mit der Stadt Kamen die Optimierung von 4 Spielflächen innerhalb der Stadt Kamen gemeinsam mit der Werkstatt Unna geplant sei. Die Pläne hierfür sollten zeitnah der Spielplatzkommission bzw. dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Herr **Peske** wies auf die in diesem Jahren ablaufende Wahlperiode der Jugendschöffen hin und erläuterte, dass die Fraktionen im Rat der Stadt schriftlich und die anderen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf diesem Wege aufgerufen werden, Vorschläge für die Wahl von Jugendschöffen zu machen.

6.2 Herr **Dunker** wies auf die Veranstaltung "Dance-Votum" hin, die am 05.02.2000 von mehr als 450 Jugendlichen besucht wurde. Aufgrund der großen Akzeptanz und Nachfrage, so Herr Dunker, sei geplant, das Angebot zu intensivieren.

6.3 Frau **Dyduch** gab einen Bericht über die letzte Mitgliederversammlung der Anonyme Drogenberatung Unna. Sie erklärte, dass dort beschlossen worden sei, den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2000 und 2001 um jeweils 5 % Punkte anzuheben. Die Anhebung sei zum Einen auf die Erhöhung der Personalkosten und zum Anderen auf die geplante Neuausstattung der Beratungsstelle mit Mobiliar und dergleichen zurückzuführen. Jeder der Fraktionen würde ein Geschäftsbericht zugeleitet werden.

Herr **Peske** wies darauf hin, dass im Anschluss an die Sitzung an Interessierte der Bericht der Erziehungsberatungsstelle ausgegeben werde.

6.4 Herr **Woit** teilte mit, dass zwischenzeitlich für die Hortgruppen in Methler und Heeren die Betriebserlaubnis erteilt worden sei und dass für den Ev. Kindergarten am Schwesternweg in Kamen-Mitte ebenfalls die Teilnahme an den Erprobungsregelungen des Landesjugendamtes bewilligt wurde.

6.5 Herr **Woit** teilte mit, dass nach Mitteilung des Baubetriebshofes aufgrund einer fehlenden Drainage mit der Einsaat des Rasens auf dem Bolzplatz Unkeler Weg erst Anfang Mai gerechnet werden könne. Somit sei eine Beispielbarkeit frühestens für den Herbst d. J. zu erwarten.

6.6 Herr **Maidorn** erkundigte sich, ob es seitens der Verwaltung ebenfalls geplant sei, Inhabern der neuen Jugendleiterkarte (Juleika) Vergünstigungen z.B. in den Bädern anzubieten.

Herr **Brüggemann** teilt mit, dass die Juleika vom Jugendamt ausgegeben werde. Bezüglich der Gewährung von Ermäßigungen wird eine kreisweite Regelung angestrebt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es lagen keine Tagesordnungspunkte zur Veröffentlichung vor.

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Peske
Schriftführer